

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Telefon-Nummern 88 - 89 - 98

Der Abonnementspreis beträgt durch Post bezogen monatlich 150 Mark Best- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht aufgenommen



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schady, Bochum, Franz v. Sankmann & Co., Bochum Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. Westf., Westenhauer Straße 24-22

Telegraph-Adresse Mittelrand Bochum

Ein schweres Jahr. — Vor der Besetzung des Ruhrgebiets?

„Herrlichen Zeiten führe ich euch entgegen!“

So sprach der größtenwahnsinnige Dilettant, der 30 Jahre lang sein Erbe als deutscher Kaiser nicht verwaltete, nein, es repräsentierte. Wir haben es ihm nicht geglaubt, aber laut durften wir es nicht sagen, laut es nicht mit deutlichen Worten kennzeichnen, sonst kam der gedruckte Straftransport mit seinen drei Monaten Mindeststrafe im Gefolge. Das Bürger-tum glaubte ihm, jubelte ihm zu, half den Geist des deutschen Volkes und seiner Jugend militärisch, imperialistisch vergiessen und schuf so eine der Voraussetzungen des Weltkrieges. Selbst als Krüger-Telegramm und „Daily Telegraph“ Depesche die „Majestät“ in ihrer ganzen Lächerlichkeit und Gemeinheits-lichkeit erkennen ließen, brachte das Bürger-tum nur Mut auf zu parlamentarischen Theaterdonner, nicht zu einem wirksamen Schritt auf dem Wege zum Parlamentarismus. Theater stand ja die Drohung der Erschlaffung des Proletariats und die verbundene Gefährdung kapitalistischer Interessen. Und so durfte der Bernegrosch sein Spiel weiter spielen, durfte geschlagen, was an Völkerverständigung sich anbahnte, durfte helfen, die Welt in den schauerlichsten Krieg der Menschheitsgeschichte zu treiben, der 85 Millionen Menschenleben und unzählbares Gut kostete. Der „herrliche“ Krieg, das „Stahlbad“, von allen wahrhaft teutschen Männern, Gelbenjünglingen und Amazonen ersehnt, schlug un-ferem Volke Wunden, die es in einem halben Jahrhundert nicht heilen kann. „Er“ riss uns nach Holland, Lukenorf nach Schweden, aber Stinnes blüht! Was noch zu löblichen war an des deutschen Volkes Wohlfahrt. Ländliche die Aus-lissenklasse. Weil das Volk zu dum war! Weit Kampf von Arbeitern gegen Arbeiter-Monarchisten notwendiger schien, als zusammenzuhängen, daß fleuge, Sten auf Stein auf-bauende Arbeit an einer neuen Gesellschaftsordnung!

Die Armen zerfleischen sich, der Kapitalis mus baute sich auf! Langsam, unmerklich erst, aber sicherer und frecher von Tag zu Tag, bis heute keine Freiheit gewachsen ist, daß er glaubt, alle Lasten der Reparationen und des Wiederaufbaues ungeniert auf die Schultern der Armen legen zu dürfen.

Kein Wort brauchen wir zu sagen über die Verächt-lichkeit, Unwahrscheinlichkeit und Unmöglichkeit des „Friedensver-trages“, weil wir das oft genug getan haben. Er ist sein Dok-ument des Friedens, der Völkerverständigung und wirtschaftlichen Vernunft, sondern das Gegenteil davon! Aber er ist ja nur das Fazit aus der Aufschauung der Gewaltverhältnisse, die bei uns nicht besser sind als anderswo, die bei uns aber den Gegnern erst vormaligen in ihren Eroberungsdenkschriften, daß wirtschaft-liche Vernichtung der geschlagenen Gegner ein eritrebenswertes, ruhmreiches Kriegsziel sei! Die Arbeiterklasse Deutsch-lands hat seit Kriegsende alles getan, um die Wirkung dieser Gewaltpolitik abzuwachen, sie hat internationale Bande neu geknüpft und unter den schwierigsten Umständen besseres Ver-ständnis zwischen deutschen, englischen, belgischen und französischen Proletariern geschaffen. Sie hat im Lande die Folgen des Krieges bis zur Pein ausgekostet, zahlt je länger je mehr für ihn mit der Gesundheit und dem Leben von Millionen! Die Kapitalistenklasse aber zahlte nicht, sie verdiente nur! Verdiente am Lebensnotwendigsten der Armen und drückte sich vor anständiger Steuerzahlung. Zahlte ihre Steuer in ent-werteter Mark, während Lohn- und Gehaltsempfänger 72 Proz. des Einkommens der Einkommensteuer lieferten! Verschob Kapital in Ausland, jammerte über die Bezahlbarkeit und Faulheit der Massen und forderte von ihnen noch weiteres Anziehen des Schmachtriemens. Wenn sie gewollt hätte, war Deutsch-lands wirtschaftliche Lage besser, die Geldwert und die Leu-erung nicht so rasend. Aber fremdes Kapital war es ja wohl, das in großem Umfang in die deutsche Wirtschaft ein-

drang! War es immer fremdes Kapital? Konnte nicht die zur Späzeit schon nachweisen, auf welche geheimnis-vollen Weg deutsches Kapital über Holland nach England ging? Sind nicht eine Menge Tochtergesellschaften und Filialen von Stinnes und Genossen im Ausland gegründet worden, denen es ein Leichtes ist, ganz unforschtbar Kapital aus Deutsch-land herauszuziehen. Wer garantiert uns dafür, daß die Ge-ber, mit denen deutsche Aktien ausgekauft werden, wirklich nur Auslandsgelder sind? Schäfte nicht Kathenau schon das ins Ausland verdrängte deutsche Geld auf 8 Gold-milliarden? Cipriou besorgte für Stinnes den Einbruch in den Fürstentum-Konzern der Amerikaner Zimbin hat neuer-dings große Posten deutscher Aktien an sich gebracht und man spricht schon sehr deutlich von einer Annäherung der deut-schen und der ostasiatischen Industrie. Ist Zimbins Geld nur amerikanisch? Gibt es nicht geheimnisvolle Verbindungen oder Anlässe dazu zwischen der deutschen, es gibt es nicht, und französischer Industrie? Gibt es nicht deutsche Ka-pitalmagnaten, über deren Wirkung bei der deutschen Wirt-schaftslieferung von Holz Interessantes zu sagen wäre? Warum wir das heute hier alles andeuten? Weil wir nicht wollen, daß unter dem Druck außereuropäischer Vorkämpfe das deutsche Volk aufs neue in nationalitätliches Fahrwasser ge-trrieben wird!

Schwere Zeiten können für unser Volk, können insbesondere für das Ruhrgebiet kommen! Englands Reparationsvor-schlag ist abgelehnt. Nach er wäre nicht in vollem Umfang den Le-bensnotwendigkeiten Deutschlands gerecht geworden, aber er war ein bedeutender Schritt vorwärts auf dem Weg zur Vernunft. Ob England sich mit einer formellen Protestnote gegen Fran-zens Vorhaben begnügt, ob es dem Ringen der französischen Aechten- mit dem französischen Metalkarital desinteressiert zu-sieht, ob es den Franzosen die Wirren mündet, die Voineares Pläne im Gefolge haben werden, weil inmitten England freie Hand in Asien bekommt? Ob Amerika interveniert? Auf all diese Fragen ist heute keine Antwort zu geben. Näher mir je ist die Möglichkeit gerückt, daß das Ruhrgebiet besetzt jeine Wirtschaft in unertaglich der Weile kontrolliert, bevormundet und ausgebeutet wird. Das wäre untragbar für die Arbeiterklasse! In der furchtbaren Woh-nungsnot, die wir schon haben, Verschärfung mit ihren be-kanntesten Ansprüchen auf Wohnung! Arbeiten der Massen unter fremder Kontrolle! Weiteres Ansteigen der Leuerung durch die Verdrängung! Polaren gegen das innere Deutschland! Garbt ein Mensch, daß Frankreich damit die angeblichen Ziele erre-chen würde? Glaubt ein Mensch an die Sicherung der Arbeits-freudigkeit unter solchem Druck? Auch hoffen wir, daß das Schlimmste nicht eintritt. Wenn es eintritt, wird die organi-sierte Arbeiterkraft des Ruhrgebiets ihre Pflicht tun. Sie wird das Volkwerk sein gegen fremdländisch-kapitalistische Ein-flüsse, wie es bis jetzt an der Saar und im besetzten Gebiet war.

Aber wir werden nicht verzeihen, daß Kapitalismus und Militarismus in jeder Form Todfeinde des Proletariats sind! Keine fremdländische Bevdrängung wird von ihm widerstandlos hingenommen werden, aber unsere Kapitalisten, unsere Mil-itäristen mögen sich ihre Mahnrufe an uns zu „nationaler“ Einig-keit und Begeisterung sparen! Was wir unserm Volk schuldig sind, werden wir nie verzeihen: Kampf gegen jeden, ausländis-chen wie inländischen kapitalistischen und militaristischen Geist!

Aber dazu, Kameraden von nah und fern, brauchen wir starke, zielbewusste wirtschaftliche und politische Organisationen! Helft sie uns schaffen! Helft uns im Kampf gegen den Unverstand der Massen, damit das Proletariat und nicht zuletzt

der Bergmannsstand wieder zu Ehren kommt!

solchen übergegangen. Man darf deshalb erwarten, daß die Arbeit-geber dem umfällenden Beispiel bekannter Stellen nicht folgen werden. In Wirklichkeit ist in den Bergarbeiterlöhnen noch eine Leuerung von 11 Prozent aus November, von 33 Prozent aus Dezember auszugleichen, ganz abgesehen von der mit mathematischer Sicherheit zu erwartenden weiteren Leuerung, ganz abgesehen von den gewaltigen Erhöhungen der Ausgaben für Wohnung- und Heizungsanlässe. Die Aussichten für die Lohnbeziehungen scheinen uns nicht so ungünstig, wie es nach der Bege der „Aehn.-Westf. Zig.“ aussieht. Notwendig ist aber, daß die Bergarbeiter Ruhe und Besonnenheit walten. Nicht wer fröhlich am meisten lächelt, arbeitet am besten für die Berg-arbeiter, sondern wer in nebenaufreißendem Angen das Möglichste aus den Verhandlungen herausholt. Unsere Kameraden dürfen deshalb auch nicht der Verleumdung unterliegen, die Überstunden am 15. Januar nicht wieder aufzunehmen. Verlangen wir, daß Verträge über den Lohn ge-halten werden, so müssen auch wir geschlossene Verträge halten und des-halb muß die vereinbarte Überarbeit am 15. Januar wieder beginnen! Sollten außerordentliche Vorkommnisse eine neue Taktik bedingen, so wird der Verbandsvorstand nicht zögern, sie zum Besten der Bergarbeiterschaft einzuführen.

Arbeitsgemeinschaft m. Hintergedanken.

Als einst im Augenblick der Not aus den Kreisen der Ar-beitgeber an die Gewerkschaften der Ruhr nach der Arbeitsgemein-schaft erkrankt, konnte er von den Arbeiterführern nur aufge-nommen werden, wenn sie an die Ehrlichkeit des Angebotes glaubten. Sicher hat die alte Kompromittierung es mandem der Arbeitervertreter sehr schwer gemacht, in die dorperbotene Hand einzuschlagen und mancher Gruben in der Arbeiterkraft ver-danken ihre agitatorischen Erfolge nur ihrem Kampf gegen den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft. Die deutsche Wirtschaft hat inzwischen dieser Arbeitsgemeinschaft sozial zu verdanken gehabt, daß es immer wieder gelingt, die beunruhigte Mehrzahl der Er-ganisierten bei der Zange zu halten. Als Gegenleistung für die eie Tätigkeit können und müssen wir im Interesse des Gan-zen auch von den Arbeitgebern ehrlich Spiel verlangen und wir erheben heute ostentative Klage, daß an zwei Stellen unter dem Deckmantel der Arbeitsgemeinschaft eine ganz einseitige Inter-essenspolitik zum Nachteil der Arbeiterkraft getrieben wird und zwar in den beiden Treubandstellen für Bergmannswohnungen zu Senftenberg und Aeln.

Wir räumen zunächst ein, daß es den Arbeitgebern nicht hätte gelingen können, so viel zu erreichen, wie sie erreicht haben, wenn die Arbeiter ihre Arbeit schneller und zielreicher organi-siert hätten. Aber wir müssen auch offen erklären, daß wir eben die Arbeitsgemeinschaft nicht in dem Sinne aufgefacht haben, daß sich die ihr angehörenden beiden Parteien wie zwei feindliche Heere mit geladenen Kanonen gegenüberstehen und die Fronten zwischen den Fronten hin- und herkleben, um die ungekämpften Stellen auszubüßen. So aber ungefahr müssen gewisse Arbeitnehmerkreise sie aufpassen, sonst wäre ihr Ver-halten unverständlich.

Zunächst die Arbeitgeber der Treubandstelle in Senften-berg. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ hat schon in Nr. 31 des Jahrgangs 1920, sowie in den Nummern 22 und 23 des Jahr-gangs 1921 auf zahlreiche Fehler in der Aufzählung der oft-erschiedenen Siedlungsgeellschaften hingewiesen. Sie wurden nicht beachtet, bis ihre Wirkungen sich in immer stärkerer Maße zeigten und die Arbeitgeber in immer unbedächtigerer Weise die offen gelassenen Einkreuzungen benutzten, um aus den der Allgemeinheit gehörenden Siedlungswohnungen richtige Werks-wohnungen zu machen.

Endlich haben sich jetzt die Arbeitnehmer aufgeregkt und sind mit einer Beschwörung an die Reichsarbeitsgemeinschaft für den Bergbau herangetreten. Sie klagen darüber (sich nach-zulesen in Nr. 22 der „Bergarb.-Zig.“ von 1921), daß die be-ziehenden Siedlungsgeellschaften und -genossenschaften, denen die Treubandstelle die Bauzuzüsse gibt, von einzelnen Werker oder großen Gesellschaften mit „ihren“ Arbeitern gebildet wor-den sind und daß in ihnen die ganze wirtschaftliche Übermacht des Werkes über den Arbeiter zum Ausdruck kommt. Nur die Organisation der Arbeiter kann dieser Übermacht ein Gegen-gewicht bieten und darum ist die Organisation auch ein über-liehlich herausbuauiert worden. Die Siedlungsgeellschaften haben zwar zum Schein paritätische Aufsicht- oder Verwaltungsräte, aber diese werden meist überhaupt nicht gefragt und die Ge-schäftsleitung, die sich somit ausnahmslos auf dem Baubureau der Grube oder Gesellschaft befindet, bestimmt alles und baut die neuen Wohnungen so, daß sie nur für die Grube in Betracht kommen, baut sie im Anschluß an die bestehende Werkskolonie in den gleichen Typen weiter, so daß kein Mensch weiß, wo die Werkskolonie aufhört und die Siedlung anfangt. Das geschieht alles natürlich nur, um den Bau zu verbilligen und zu beschle-nigen, so sagen sie wenigstens, und auch nur deshalb übernimmt nachher der Wohnungsbereitwiller der Grube gleich die Verwal-tung der Siedlungswohnungen mit. Die Kurzsichtigkeit der Arbeiter, denen es im Augenblick recht bequem erscheint, neue Wohnungen dicht an der Grube zu erhalten, erleichtert den Wer-ken ihre Pläne. Es ist schon vorgekommen, daß eine Grube eine Räumungsklage gegen einen Siedlungsbewohner anstregte, als er auf einem anderen Werke Arbeit nahm.

Um diesen ganzen Unfug, der auch beträchtliche wirtschaf-tliche, technische und städtebauliche Mängel im Gefolge hat, zu beseitigen, beantragte die Arbeitnehmerseite die sofortige Be-seitigung dieser Mißgeburt von Siedlungsgeellschaften und die Schaffung von Bezirks-Siedlungsgeellschaften nach dem Muster etwa der rheinisch-westfälischen im Ruhrgebiet. Die Arbeitgeber lehnen das ab mit der Begründung, daß durch diesen Antrag der Arbeit-nahmerorganisationen das ver-trauensvolle Zusammenwirken der Arbeitgeber und -nehmer ge-fördert werde. Man sollte meinen, jener Fabelhüter, der uns die schöne Geschichte vom Wolf und vom Lamm, das das Wölfer-lein trübte, erzählt hat, habe die ostelbstliche Grubenbesitzer schon persönlich gekannt und mit ihm diese üble Gendekel geisteln wollen. Ebenso ist es unrichtig, wenn sich die Arbeitgeber dar-auf berufen, die übrigen Treubandstellen hätten mit solchen Be-zirks-siedlungsgeellschaften, wie die Arbeitnehmer sie jetzt in

Schwierige Lohnverhandlungen.

Aus Berlin wird uns berichtet:

In der ersten Hälfte des Monats Dezember hatten die Bergarbeiter-verbände erneute Lohnforderungen ab 1. Januar 1923 gestellt. Arbeit-geber und Reichswirtschaftsministerium lehnten Verhandlungen im De-zember aber ab unter der Begründung, daß aus innerwirtschaftlichen und außerpolitischen Gründen eine Erhöhung der Löhne zum 1. Januar nicht möglich sei, daß das vor allen Dingen die Pariser Verhandlungen stutz zu ungünstigen Deutschlands beeinflusse. Dieselbe Regierung, welche den Kandidaten höhere Preise bewilligte, die ab 15. Januar eine hundert-prozentige Erhöhung der Brennstoffe im Gefolge hat, empfiehlt also den Bergarbeitern, mit dem Ausgick der im Dezember eingetretenen Leu-erung zu warten, gibt aber dafür jenen Kreisen, die es wirtschaftlich nicht notwendig haben, höhere Preise. Die Bergarbeiter haben Anspruch darauf, daß die eingetretene Leuerung reslos durch Lohnerrhöhung aus-geglichen wird. Am 3. Januar und den folgenden Tagen fanden nun in Berlin Verhandlungen über die ab 1. Januar geforderten Lohn-errhöhungen statt. In den Parteiverhandlungen gingen die Auffassungen infolge der Stellung der Arbeitgeber, erst am 15. Januar die erhöhten Löhne zu zahlen, so weit auseinander, daß die Einsetzung eines Schieds-gerichts erfolgte. Die unparteiischen Vorsitzenden waren Staatssekretär a. D. von Moellendorf, Prof. Seife, Bochum und Professor Herler. Das Schiedsgericht tagte am Donnerstag, den 4. Januar, von früh morgens bis abends, kam aber bei den scharfen Gegensätzen der Parteien auch zu keinem Ergebnis. Die Vorschläge der Unpar-teilichen wurden von den Arbeitgeberseite abgelehnt wegen der Dedungs-stage. Diese verlangen zunächst Steigerung für die erhöhten Löhne durch Kohlenpreiserhöhung. Die Arbeitnehmerseite mükten den Vor-schlag ablehnen, da derselbe nicht halbwegs der im Dezember eingetre-tenen Leuerung Rechnung trug. Schutz an dem Scheitern der Verhand-lungen, trifft die Arbeitgeber in erster Linie, die auf einmal augen-politische Gründe und Verantwortlichkeit als Begründung anführen, die man anscheinend nur jetzt kennt, nachdem man einen Reichswirt-schaftsminister hat. Am Montag, den 8. Januar, werden auf Labung des Reichswirtschaftsministeriums die Verhand-lungen weiter gehen, wobei unter allen Umständen die Vertreter unseres Verbandes auf Lohnerrhöhung ab 1. Januar bestehen werden. Mögen die Arbeitgeber sehen, wie sie aus den selbstgeschaffenen Schwierigkeiten herauskommen.

Das Kabinett Cuno hat mit seiner Weigerung, einer An-passung der Bergarbeiterlöhne an die Leuerung zum 1. Januar zuzulassen, einen glänzenden Beweis seiner Unternehmerrückständigkeit, aber

auch seiner wirtschaftlichen und politischen Unfähigkeit erbracht. Die Erfüllung der Bergarbeiterforderung hätte keine außerpolitische Ge-fahr gebracht, aber sie hätte der tiefen Erregung der Bergarbeiterschaft gesteuert, die eine größere Gefahr bedeutet. Jetzt hat die Re-gierung umgekehrt und auch die Unternehmer scheinen nun Verhandlungs-bereit. Die „Aheinisch-Westfälische Zeitung“ berichtet u. a.:

Inzwischen ist nun eine Veränderung der Lage infolfern ein-getreten, als die Pariser Konferenz ergebnislos abgebrochen und damit eine neue Steigerung der Devisen eingetreten ist. Die Folge ist nach unseren Erkundigungen, daß sich in der Dedungsfrage für die Lohnerrhöhungen die Ausschichten gemehrt haben sollen, da infolge der stark gestiegenen Devisenkurse eine Kohlenpreiserhöhung eventuell in Frage kommen könnte. Angesichts dieser Situation hat das Reichs-arbeitsministerium die Initiative ergriffen, um einen Ausgleich zwi-schen den beiden Parteien auszubringen. Das Arbeitsministerium hat bereits Fühlung mit den beiden Parteien genommen und fest-gestellt, daß auf beiden Seiten ein Verhandlungswille besteht, so daß etwa Montag nächster Woche bei einem gemeinsamen Zusammentreten zwischen den Vertretern beider Parteien eine Einigung herbeizuführen versucht werden soll.

Wir können uns auch andere Dedungsmöglichkeiten für den Ausfall denken, den die Unternehmer durch Lohnerrhöhung ab 1. Januar ohne Kohlenpreiserhöhung erleiden. (Wobei wir natürlich nicht sagen wollen, daß eine Lohnerrhöhung für die 14 Tage nicht auch ohne Kohlenpreis-errhöhung zu tragen wäre!) Wir denken an Möglichkeiten, die auf dem Gebiet der Kohlensteuer liegen. Wir wissen aber nicht, ob hier vor-handene Widerstände überwunden werden können.

Die „Ahein.-Westf. Zig.“ hebt natürlich wieder gegen die Veraleute und ersichert dadurch in unterantwortlicher Weise eine Verdrängung:

So werden die Bergarbeiter auf Grund der hinter ihnen stehen-den Macht und der Beliebtheit, deren sie sich beim Reichsarbeitsminister erfreuen, sowie bei dessen bekannter Verdünnungstrenude trotz der sach-lich entgegenstehenden Momente ihr Ziel erreichen zur weiteren Ver-erbenbung des Mittelstandes und zur Artürmerung der in den fügen bestehenden deutschen Wirtschaft. ... Den Forderungen der Bergarbeiter muß entgegengehalten werden, daß bisher keine Verdrängung des Lebenshaltungsinde eingetreten ist, die eine Lohnerrhöhung recht-ferdigte und das Arbeitsministerium sollte endlich Wege finden, um dem Verfall der Mark von der Produktionsseite her zu begegnen, an-statt diesen als willkommenen Anlaß zur Verdrängung der Arbeiter-löhne zu begründen. Die Wirtschaftslage ist so, daß eine Kohlenpreis-errhöhung außer Frage steht, denn die weiterverarbeitenden Industrien sind gezwungen, zu Arbeitserrassungen zu schreiten und bereits zu

Gewerkschaften gegen das Steuerrecht. 72 Prozent Anteil des Lohnabzugs als gesamtsteuerpflichtig.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes haben dem Reichstagsrat am 23. Dezember 1922 eine Denkschrift zur Einkommensteuer unterbreitet, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, auf Grund der ihr im Einkommensgesetz erteilten Vollmacht sofort in Gemeinschaft mit dem Steueraussschuß des Reichstages die Erhöhung der Werbungskosten und sonstigen Steuerabzüge für die Lohn- und Gehaltsempfänger herbeizuführen. Die Gewerkschaften begründen gleichzeitig die Dringlichkeit einer grundlegenden Reform im Einziehungsverfahren der Einkommensteuer von den sogenannten Veranlagungspflichtigen in der Richtung, daß auch bei den Besessenen künftig der Tag der Steuerfälligkeit und damit der tatsächliche Geldwert maßgebend sein muß für die Höhe des zu entrichtenden Geldbeitrages.

Gewerkschaftsbundes, daß die Ungerechtigkeiten des Lohnabzugs auf die Dauer den Gedanken des Steuerabzuges überhaupt nicht mehr befeuern könne. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund müssen heute dazu stehen, daß beide, bestehender Mitglieder, jetzt Gegner der Lohnsteuer geworden sind und daß es ihnen auf das äußerste ersucht wird, diesen Einigungen zustimmen zu begeben, wenn keine Milderung der Steuerlast eintritt.

Die jüngsten Verhandlungen des Reichstages über die Einkommensteuer veranlassen uns, der Reichsregierung und dem Steueraussschuß des Reichstages folgenden Antrag zu unterbreiten: Es ist auf Grund des § 46 Abs. 8 des Gesetzes zur Änderung der Einkommensteuer vom Dezember 1922 mit Wirkung vom 1. Febr. 1923 eine Neufestlegung der Abzüge der Lohnsteuerpflichtigen zur Einkommensteuer vorzunehmen.

Landwirtschaft und Arbeitsleistung.

Wir entnehmen dem "Dormwärts": Als eins der Hauptargumente in ihrem Kampf für die Verkürzung des gesetzlichen Achtstundentages führt die Unternehmerr Presse die Landwirtschaft an, die durch die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in ihrem Betriebe gestört werde. Es ist bekannt, daß für die Landwirtschaft die gesetzliche Regelung in ihrem strengen Sinne nie Geltung gehabt hat, daß vielmehr Überstunden in den Zeiten des Hochbetriebs stets zulässig waren.

Januar	1.—15.	16.—31.	Feb.	1.—15.	16.—31.	März	1.—15.	16.—31.	April	1.—15.	16.—31.	Mai	1.—15.	16.—31.	Juni	1.—15.	16.—31.	Juli	1.—15.	16.—31.	Aug.	1.—15.	16.—31.	Sept.	1.—15.	16.—31.	Oktober	1.—15.	16.—31.	November	1.—15.	16.—31.	Dezember	1.—15.	16.—31.			
	8	8		8	8		8	8		8	8		8	8		8	8		8	8		8	8		8	8		8	8		8	8		8	8		8	8

Die Gewerkschaften begründen gleichzeitig die Dringlichkeit einer grundlegenden Reform im Einziehungsverfahren der Einkommensteuer von den sogenannten Veranlagungspflichtigen in der Richtung, daß auch bei den Besessenen künftig der Tag der Steuerfälligkeit und damit der tatsächliche Geldwert maßgebend sein muß für die Höhe des zu entrichtenden Geldbeitrages.

Neben der Gefahr, daß die inflationistische Wirkung der fallenden Steuererhebung in der Welt als deutliche Beschränkung erweist, muß das Vergehen der Steuererhebung gegenüber den leistungsfähigen Arbeitern die Wirtschaft zerrütten. Damit wird auch die Wirtschaft zerrützt; die Preise gehen in die Höhe, die Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten wird geschwächt, die zur Wirtschaft treibenden Strömungen werden begrenzt, alle Versuche der Stabilisierung der Welt müssen dann scheitern.

Der Achtstundentag kann es also nicht sein, der die Landwirtschaft an der "Reinigung der Produktion" hindert. Man wird die Ursachen vielmehr bei den Landwirten selbst suchen müssen. Wie bei der Landwirtschaft so ist es auch bei der Industrie. Ganz andere Ursachen als die mangelnde Arbeitsleistung der Arbeiter sind es, die der Produktionssteigerung im Wege stehen.

Begründung:

Nach den Wochenausweisen der Reichsbank vermehrt sich der Notenumsatz unter dem Druck der sich ergebenden schwebenden Schuld des Reiches immer beängstigender. Zum Teil beruht dieser Umstand auf Inflationen darauf, daß gegen den fallenden Steuereingang nicht ernsthaftes unternommen wird.

Schichtförderanteil im Steinkohlenbergbau.

Die dritte statistische Lieferung der Zeitschrift für Berg-, Hütten- und Eisenwesen bringt Zahlen über den Schichtförderanteil im Steinkohlenbergbau. Die Zahlen sind sehr wichtig, aber, wie die Zeitschrift bemerkt, können sie nicht als alleiniger Maßstab für die von dem einzelnen Arbeiter aufgewendete Arbeit gelten.

Bezirk	Jahr	Vollarbeiter (ohne Nebenbetriebe)	Darvon unter Tage	Darvon Gesamt
Oberbergsachsen	1918	121 003	81 643	183 156
	1920	163 031	105 096	268 127
	1921	157 039	101 491	258 530
Niederbergsachsen	1918	26 167	18 945	45 112
	1920	33 953	23 798	57 751
	1921	35 147	25 034	60 181
Ost- und Westfalen	1918	361 629	290 548	652 177
	1920	410 771	311 058	721 829
	1921	451 916	354 163	806 079
Ruhrgebiet	1918	13 345	10 369	23 714
	1920	16 074	12 199	28 273
	1921	16 922	12 690	29 612
Westfalen	1918	13 444	10 815	24 259
	1920	13 317	9 801	23 118
	1921	13 219	9 669	22 888

Die eben geschichteten Tatsachen haben in den Kreisen der Lohnkämpfer um so größere Erregung verursacht, als bei ihnen die Geldwertverwertung unter allen Umständen gerade umgekehrt wirkt und sich in immer starker werdender Deutlichkeit auspricht. Es muß beachtet werden, daß die steuerliche Leistung eines Angestellten der verkürzten ist und fünf Kinder hat im Jahre 1922 bei einem Januar-Einkommen von 200 M. und einem Dezember-Einkommen von 88 000 M. von 1,6 Proz. auf 9,3 Proz. gestiegen ist.

Wie man sieht, war im Oberbergsachsenbezirk Dortmund die Zahl der Arbeiter im Jahre 1921 um mehr als 90 000 höher als im Jahre 1918. Die Zahl der Gauer und Schräuber war aber noch um einige Hundert geringer; eine noch stärkere Verminderung der Gauer- und Schräuberzahl zeigt der linke Niederrhein und Wachen.

Durch die jüngsten Beschlüsse des Reichstages sind die mit dem Grundbesitz der steuerliche Gerechtigkeit und mit sozialen Erwägungen unvereinbaren Widerstände noch verschärft worden. Der Tarif der Reichseinkommensteuer wurde mit rückwirkender Kraft für das ganze Steuerjahr 1922 erheblich ermäßigt. Die Anpassung der steuerfreien Abzüge der Lohnsteuerpflichtigen an die Wahrheit und Wirklichkeit soll aber erst vom 1. Januar 1923 ab gelten.

Der Schichtförderanteil betrug je Gauer (in Tonnen):

Bezirk	1918	1920	1921
Oberbergsachsen	2,295	5,668	4,424
Niederbergsachsen	2,146	1,492	1,441
Dortmund	1,869	1,500	1,568
linke Niederrhein	1,435	1,417	1,541
Wachen	1,570	1,211	1,390

Zusammenfassend möchten wir noch mehr betonen, daß die derzeitige Steuerpolitik bei den Lohnkämpfern die lebensschwersten Wunden auslösen muß. Die Verdrängung dieser Stimmung ist nicht abzumachen. Die Lohnsteuerpflichtigen verweisen auf die jüngsten Beschlüsse zur Änderung des Gesetzes über die Zwangsrente, die u. a. festlegen, daß die Effekten nur zu einem Bruchteil — weniger als 10 Prozent ihres Kurswertes nach dem Stand vom 8. Dezember — zur Zwangsrente herangezogen werden. Sie verweisen auf die gewaltigen Steuererhöhungen, die hier zu sich völlig ungenügend ausgebaute Durchschneidungsarbeiten bisher schon festzustellen vermochte.

Man sieht wie schon in 1921 der Anteil pro Gauer in Dortmund, am Niederrhein und in Wachen gestiegen ist. Wenn man den Anteil auf Stunden um umrechnet, tritt dies noch deutlicher in Erscheinung. Dann entfallen auf den Stundenanteil je Gauer (Kilogramm):

Bezirk	1918	1920	1921
Dortmund	219,06	219,06	223,60
linke Niederrhein	168,82	168,82	220,14
Wachen	187,70	187,70	197,14

Die durch diese Zahlen wird also das Mähen von der Bergmannsaufteilung nicht unterläßt, sondern widerlegt. Wäre der Gemeininn der Unternehmer in dem Maße gewachsen wie die Leistung der Arbeiter dann hätte es um den Kohlenbergbau um die ganze Wirtschaft Deutschlands besser.

Bergarbeiterlöhne im 3. Quartal 1922.

Die amtliche Statistik (Nr. 286 des Reichs- u. Staatsanzeigers) zeigt folgenden Überblick: Durchschnittslöhne sämtlicher Vollarbeiter.

Bezirk	Vollarbeiter insgesamt	Arbeitslosen auf 100 Vollarbeiter	Werbungsstellen auf 100 Vollarbeiter	Verh. Lohn zu Lohn 1913	Verh. Lohn zu Lohn 1918	
Steinkohle	Oberbergsachsen	48028	862	85,2	6,2	897,08
	Niederbergsachsen	41849	1990	81,8	2,8	82,00
	O.-F. Dortmund	274433	31551	84,9	5,9	376,29
	linke Niederrhein	17674	951	84,4	5,4	377,84
Braunkohle	O.-S. Halle	35064	9785	84,9	5,9	806,65
	linkebergsch.	4780	1050	84,1	5,1	319,49
	rechtsbergsch.	2813	9185	85,6	6,6	375,37
Eisenerze	O.-S. Halle	11198	—	82,6	3,6	890,08
	Glücksb.	11090	—	88,2	4,2	340,89
	Eisenbergbau	11580	—	80,4	1,4	297,—
Mehlwälder (Rappelschefer)	Dortmund	2823	—	81,1	2,1	280,00
	Siegen	1402	—	81,7	2,7	317,57
	Russau-Weglar	6477	—	80,8	1,3	311,84

Sentenberg verlangen, schlechte Erfahrungen gemacht. Das Gegenteil ist für das Mührgebiet der Fall: Die zu leistende Arbeit hat nur durch sie bewältigt werden können. In ihnen sitzen nicht die Werke ihrer Arbeiter zusammen, sondern die heidnischen Organisationen, und darum ist der Arbeitsausgleich gegeben. Außerdem ist übrigens das geringe Gesellschaftskapital (20000 M.) von beiden Seiten zu gleichen Teilen nur mit dem gleichen Vorwissen wegen aufgebracht und es wird nur mit dem Gelde des Rohstoffes gearbeitet. Bei den Sentenberger Siedlungsvereinigungen ist aber überhaupt viel mehr Gesellschaftskapital vorgezogen und außerdem haben die Werke zum Teil noch erhebliche Vorkäufe und Mühschaft geleistet, weil die dortige Treuhändlerin nur den unrentierlichen Bauauftrag aufbringt, und die Beschaffung der ersten Hypothek den Gesellschaften überläßt.

Mit diesen Andeutungen mag es vorerst genug sein. Wenn die Reichsarbeitsgemeinschaft demnach mit der Frage beschäftigt, was die diesen Andeutungen entnehmen, welche Bedeutung der richtigen Organisation zukommt, daß nur die wirkliche Parität, d. h. das Zusammenwirken der beiderseitigen Verbände den gewünschten Erfolg des Ausgleichs der Interessen haben kann. Nun die Kölner Treuhändlerin, genannt Wohnungsbaugesellschaft für das Rheinische Braunkohleneviertel, Rundschreiben wir auf das in Nr. 1 vom 6. Januar 1923 gebundene Gedruckt wurde, war uns folgender Brief der Gesellschaft noch nicht bekannt, mit dem sie einem Hausanwärter das ihm vorgezeichnete Hauschen wieder abzugeben sich bemüht. Es heißt dort:

Wohnungsbaugesellschaft (Unterchrift.)

Es ist nicht ganz leicht, die Schönheiten dieses Dokumentes beim ersten Lesen im vollen Umfange zu erfassen. Man lese es deshalb mehrfach und aufmerksam. Dann nehme man Gustav Freytag's unterirdischen Roman "Soll und Haben" zur Hand und lese nach, wie der Jude Veitel Zig den Freiherren um sein Gut betrug, man lese die Geschichten vom Bauernlegen, man verwerfe sich in Wilhelm v. Polenz' "Hüttenbau" und man wird finden, es ist im Grunde genau dasselbe, was hier die Wohnungsbaugesellschaft mit dem Kumpel machen will, indem sie ihm ein Säckgut, ein Stück Heimat, auf das er sich bereits einen moralischen Anspruch erworben hatte, gegen einen Säckenhundigen Papiergeldes eintauschen will. Gehörte es schon früher zu dem wichtigsten Teil der Volkserziehung, das Volk einen Loben höher schätzen zu lehren, als sein Geld, so ist das bei den heutigen Geldverhältnissen noch viel nötiger.

III. Durchschnittslöhne der einzelnen Gruppen der Vollarbeiter.

Table with 25 columns showing average wages for various groups of miners (e.g., a) Steinkohlenbergbau, b) Braunkohlenbergbau, c) Salzbergbau, d) Erzbergbau) across different districts and job types.

Kommunistisch-unionistische Informationen für Frankreich?

In der französischen Zeitung „Journal Industrielle“ vom 16. Dezember 1922 befindet sich ein Artikel unter der Überschrift: „Die willkürliche Einschränkung der Förderung im Ruhrgebiet...“

- 1. Die deutsche Kohlenförderung würde willkürlich verlangsamt, indem die Hauptanstörungen auf die Vorrichtungsarbeiten gelegt wurden...
2. Augenblicklich würden sich die deutschen Bergarbeiter gern zu Ueberführungen verstehen, jedoch seien diese auf Veranlassung des Rhein-Westfäl. Kohlenindustrials während des Zeitraumes vom 15. Dezember zum 15. Januar eingestellt worden.

So weit der sachliche Inhalt des samstägigen Artikels. Wenn diese Informationen tatsächlich im Ruhrgebiet eingeholt wurden und nicht auf Erfindung eines phantastischen französischen Journalisten beruhen, dann können sie nur von einem kommunistisch-unionistischen Wirrkopf ausgehen.

In den einzelnen Behauptungen ist kurz folgendes zu sagen:

- 1. Zur Steigerung der Kohlenförderung sind äußerste Anstrengungen unternommen worden. Wenn Anstrengungen auf Vorrichtungsarbeiten gemacht werden, so ist das ein Beweis, daß Schritte zur weiteren Hebung der Produktion unternommen sind. Unrichtig ist die Behauptung, daß Reichsmittel für vergleichbare Arbeiten beansprucht worden über werden.
2. Die Ueberarbeit ist auf ausserordentliches Verlangen der Bergarbeiterorganisationen namens der Arbeiter und im Gegenzug zu den Unternehmern bzw. Syndikaten für die genannte Zeit gestundet worden.

Volkswirtschaftlich: Rundschau.

Der Landbund als Gesetzesverächter und Volksbeträger.

Für Beschwerden wegen des Umlagegesetzes ist in Preußen ein Ausschuss in jedem Kreis vorgelesen, der aus dem Landrat einem Kommissionsmitglied und je einem Vertreter der Klein-, Mittel- und Großbauern besteht.

Herr v. Rognier (der Führer des Landbundes), mit einem Umlagegeld von 2400 Rentnern bedacht, wurde auf 20 Rentner herabgesetzt. Das Mittelgut Döbberin, mit 1100 Rentnern veranlagt, kam mit 50 Rentnern davon. Gut Kranich, 800 Morgen fassend, soll ganze 10 Rentner Umlagegetreide liefern.

Auf Veranlassung des preußischen Staatskommissars für Ernährung hat nunmehr ein Einverständniskomitee mit dem Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg der Regierungspräsident in Frankfurt a. O. förmliche Entscheidungen des Reichsausschusses des Reichsausschusses des Reichsausschusses aufgehoben, weil sie den Vorschriften des Gesetzes nicht entsprechen.

ihre Führer eine unangenehme Weihnachtsbescherung. Im Herbst die große Freude, unter der an jedem Sprucke einige Dörfer unter Alkohol (Kottbuser Morn) gefest wurden. Jetzt folgt der Regen, ja man hat, denn die meisten Bauern haben während der letzten Wochen das überflüssige Getreide im freien Handel abgelohten.

Was würde die preussische Justiz wohl mit Arbeitern anfangen, die sich solch treue Gesetzesverletzungen erlauben?

Neues Ansteigen der Preise.

Nach einer geringen Senkung verdrängter Preise, die im Kleinhandel nur bei Fett, Margarine und einigen anderen Waren vorübergehend zum Ausdruck kam, legt die Preissteigerung aufs Neue ein. Die Preissteigerungen der „Industrie- und Handels-Zeitung“ zeigen folgendes Bild:

Table showing price increases for various goods like coal, oil, cement, etc., with columns for different months (December, January, February, March).

Im Januar war die Preissteigerung schon viel bedeutender, besonders stiegen Nummern und gekleinerte Preise, gekleinerte Verkaufsbeiträge eine Rolle, dazu kommt mit dem 15. Januar eine enorme Preissteigerung. Woher kapitalistische Geldmächte unter diesen Umständen den Mut nehmen, nach Lohnabbau zu schreien, ist direkt unverständlich.

Die Brauereibesitzer verdienen viel Geld.

Der soeben erfolgte Abschluß einiger Brauereigesellschaften zeigt, daß trotz der großen Ernährungsnot in Deutschland der Weizen der Brauereilapialis wie noch nie zuvor blüht und daß die verschiedenen Fusionen im Brauereigewerbe sich reichlich gelohnt haben. Die A. u. M. b. H. der Bierbrauerei A. G. Erport Bierbrauerei, verteilt gegenüber 18 Prozent im Vorjahr diesmal 30 Prozent Dividende plus 10 Prozent Bonus, die Abschreibungen sind verdoppelt und der Reingewinn nahezu verdreifacht.

Soziales Recht - Arbeiterversicherung.

Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung.

Die Verordnung über Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung vom 23. Dezember 1922 legt den Jahresarbeitsverdienst, der für die Berechnung der erhöhten Renten ungenommen wird, anderweitig fest. Seine verschiedene Abminderung ist wie bisher beibehalten worden.

Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung.

Bei der Berechnung der erhöhten Rente für Verletzte, deren Rente aber mehrere zusammen 50 Prozent und mehr der Vollrente beträgt, sowie der Hinterbliebenen, muß der angenommene Jahresarbeitsverdienst von 192 000 M. zugrunde gelegt werden, wenn die ursprüngliche Rente nach dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst eines gewerblichen Arbeiters festgelegt wurde.

Der Unterschied des Betrages, der sich beim Vergleich der ursprünglichen festgesetzten Rente mit der nach dem angenommenen erhöhten Jahresarbeitsverdienst errechneten Rente ergibt gibt als die eigentliche Zulage und wird als solche auf den Mittelungen der Sektionen an die Rentempfangler bezeichnet.

Erhöhung der Notunterstützung für Rentempfangler.

Die Unterstütlungsätze, die nach dem Gesetz über Notstandsmaßnahmen die Rentempfangler aus der Reichsinvaliden- und Angehörigenversicherung erhalten, sind durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministers erhöht worden und zwar vom 1. Dezember 1922 ab. Danach ist also die Unterstütlung so zu bemessen, daß das Gesamtjahresinkommen des Empfängers einer Invaliden- oder Altersrente

den Betrag von 49 200 M. (bisher 18 000 M.), des Empfängers einer Witwen- oder Wütwerrente den Betrag von 34 200 M. (bisher 15 000 M.) und des Empfängers einer Waisenrente den Betrag von 19 200 M. (bisher 7 000 M.) erreicht.

Der Betrag, um den sich die Gesamteinkommensgrenze erhöht, wenn der Rentempfangler Kinder unter 15 Jahren hat, die weder nach der Reichsversicherungsgesetzgebung, noch nach dem Reichsversicherungsrecht eine Rente beziehen, beträgt nach der neuen Verordnung 3600 M. für jedes Kind.

Der Betrag des Arbeitseinkommens des Rentempfanglers, der bei der Berechnung des Gesamtjahresinkommens außer Ansatz bleibt, ist von 12 000 auf 26 000 M. erhöht worden, und der Betrag bis zu dem Bezüge des Rentempfanglers auf Grund des Reichsversicherungsgesetzes vom 12. Mai 1920 oder anderer Reichsversicherungsgeetze, aus der landwirtschaftlichen Versicherung, aus öffentlichen oder privaten Versicherungsunternehmungen, aus privaten Unterstütlungsanstaltungen sowie aus Sparguthaben nicht angerechnet, ist von 4800 auf 9600 M.

Zum Wegfall der Altersrente.

Unter dieser Ueberschrift ging durch die Tagespresse eine Notiz, die den bisherigen Altersrentnern anriet, einen Antrag auf Umwandlung der Altersrente in die Invalidenrente zu stellen, sofern sie während des Bestandes der Altersrente weitergelebt und die Anwartschaft auf die Invalidenrente aufrecht erhalten haben. (Durch Zahlung von mindestens 20 Monatsbeiträgen in zwei Jahren.) Die hier angeführte Voraussetzung zur Umwandlung der Alters- in die höhere Invalidenrente ist jedoch bei Altersrentnempfangern, die ihre Rente von einer Sonderanstalt bezogen haben, nicht notwendig, da sie gemäß § 1281 der RVO. ihre Anwartschaft durch den Bezug der Altersrente aufrecht erhalten. Ihre Altersrentnempfangler, die ihre Altersrente von einer Landesversicherungsanstalt bezogen, müssen gegebenenfalls durch Zahlung der Beiträge die Anwartschaft aufrecht erhalten haben, sofern sie nicht durch die anderen Bestimmungen des § 1281 die Anwartschaft verlieren. Als Sonderanklagen, wie sie im § 1281 gemeint sind, gelten bisher die Allgemeine Knappschaftsvereine Bochum, die Allgemeine Knappschafts-Pensionskassen in Sachsen, die Norddeutsche Knappschafts-Pensionskasse in Halle sowie der Saarbrücker Knappschaftsverein. Altersrentner, die also ihre Rente von den genannten Anstalten bezogen, sind ihrer Anwartschaft nicht verlustig gegangen, auch wenn sie keine Beiträge leisten. Sie können also den Antrag auf Umwandlung der Altersrente in die Invalidenrente ohne weiteres stellen. Von Amts wegen erfolgt die Umwandlung nicht.

Die Versicherung, die einzelne Kameraden haben, daß, wenn sie den Antrag auf Umwandlung der Altersrente in die Invalidenrente stellen, man sie zwingen würde, sich von der Krankenversicherungspflicht befreien zu lassen, ist nicht in dem Maße begründet, wie vielfach angenommen wird. So einfach geht die Sache nicht. Beim Allg. Knappschaftsverein Bochum bleiben die betreffenden Leute nach wie vor Mitglieder der Krankenkasse und es soll auch von keiner Seite auf sie ein Druck ausgeübt werden, daß sie sich von der Versicherungspflicht zur Krankenfallversicherung befreien lassen.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Steuerabzug vom Lohn.

Der Steuerabzug vom Lohn beträgt nach wie vor 10 v. H. Für Lohnzahlungen ab 1. Januar 1925 ermäßigt er sich wie folgt: 1. Für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau bei Zahlung des Lohnes nach vollen Monaten um je 200 M. monatlich, nach Wochen 48 M. wöchentlich, nach Tagen um 8 M. täglich und bei Lohnzahlung für noch kürzere Zeiträume um je 2 M. für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden.

2. Für jedes minderjährige, zum Haushalt des Steuerpflichtigen gehörende Kind, auch wenn es bis zum Alter von 17 Jahren eigenes Arbeitseinkommen bezieht, bei Zahlung des Lohnes nach vollen Monaten um 1000 M. monatlich, nach Wochen um 240 M. wöchentlich, nach Tagen um 40 M. täglich und bei Zahlung des Lohnes für noch kürzere Zeiträume um 10 Mark für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden.

3. Für Abzüge zur Sicherung und Erhaltung (Werbungskosten) bei Zahlung des Lohnes nach vollen Monaten um 1000 M. monatlich, nach Wochen um 240 M. wöchentlich, nach Tagen um 40 M. täglich und bei Zahlung des Lohnes für noch kürzere Zeiträume um 10 Mark für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden.

Wenn der Arbeitslohn nicht für eine bestimmte Zeit gezahlt wird, so tritt an Stelle der vordenannten Ermäßigungen eine feste Ermäßigung von 6 v. H. des Steuerabzuges (bisher 5 v. H.). Die Ermäßigung praktisch vollzogen wird, sei hier an einem Beispiel gezeigt: Ein verheirateter Arbeiter mit zwei Kindern hat in einem Monat 6500 M. verdient; der zehnprozentige Abzug beträgt demnach 10 v. H. von 6500 M. = 6500 M., er ermäßigt sich für den Mann um 200 M., für die Frau um 200 M., für die beiden Kinder um 2000 M. und für Werbungskosten um 1000 M., zusammen um 3400 M.; der Abzug beträgt dann endgültig 6500 M. minus 3400 Mark = 3100 M.

Aus der deutschen Urbererbewegung.

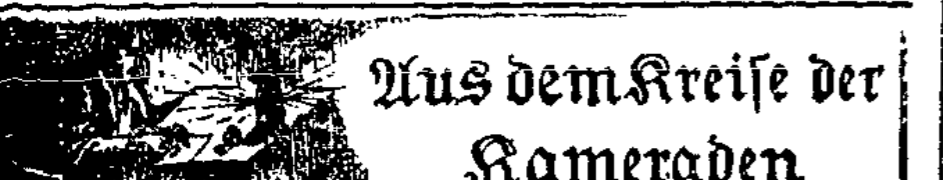
25 Jahre Gastwirtschiffenverband.

Der Gastwirtschiffenverband wurde im Herbst 1897 gegründet, nachdem vorher nur lokale Vereine mit einer Agitationskommission von der Spitze bestanden. Der Verband, der unter ungünstigen Verhältnissen zu arbeiten hatte, wie wenige andere Verbände, brachte es doch bis Kriegsbeginn auf 17 000 Mitglieder, nach dem Kriege wurde er aus- schlaggebend für die Arbeitsbedingungen im Gewerbe. Die wirtschaft-

Liche Entwicklung stellt das Gewerbe und seine Angestellten vor Not...

Von den Betriebsräten. Aufstakt zu den Betriebsräte wählen.

Auf der Woche Victoria in Hills fand Ende Dezember 1922 die Betriebsrätewahl statt. Es erzielten die freien Gewerkschaften...



Aus dem Kreise der Kameraden.

Unser Verbandsvorsitzender darf nicht ins Saargebiet!

Dem Kameraden Susemann, der zur Besprechung wichtiger Verbandssachen...

Unsere Toten im Jahre 1922.

Leider ist es unmöglich, allen unseren Kameraden, die der Tod aus...

Diebstähle auf den Gruben.

Dieses Thema wird in letzter Zeit vielfach in der Tagespresse aller...

„Ein Uebel, das notwendig ist“

soll nach dem Kommunisten Sedert die Gelsenkirchener Union sein...

Löhne zahlen kann. Wo bleibt aber die ideale Seite? Soll, wenn der...

Oberbergamtsbezirk Dortmund. Zur Kündigung des Ueberschichtenabkommens.

Das „Ruhr-Echo“ benutzte den Restschuß der Bochumer Kohlen...

Der berühmte Dr. Berger ein Stinnesagent, der wert wäre, Angestellter...

Ein Uebel, das notwendig ist, soll nach dem Kommunisten Sedert die Gelsenkirchener Union sein...

Berichtigung.

Arbeitsgemeinschaft mit Hintergedanken. Im Artikel auf der ersten Seite...

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 2. Woche...

Rechtshaus.

Kortrup. Für Kortrup und Olfersfeld findet der Rechtshaus...

Bücherrevue.

Wachen. 15. bis 30. Januar. Freuen. 15. bis 31. Januar.

Bibliothek.

Stemke. Die Verbandsbibliothek ist verlegt in die Volksbibliothek...

Kontingentsauszahlung.

Nieder-Sprockhövel. Jeden letzten Sonntag im Monat im Gewerkschaftshaus...

Abstelländerungen.

Eschweil. Der Kassierer Ray Kühner wohnt Adelshütte 103, Kolonie...

Taschenkalender für Bergarbeiter.

Sonnen nicht mehr angenommen werden, auch die zweite Auflage...

Neben der schon erwähnten Konferenz der unionistischen A.B.D.-Funktionäre...

Unser Organisationsleiter, wenn wir nicht allerschwersten ersprechende Schritte...

Unterbezirk Gern: Osm. Bergmann, B.M.A. (Bezirkswirtschaftsrat), Unterbezirk Bochum...

Um diese Konferenz zu inhibieren, bietet die Geschäftsleitung eine solche...

Das Beispiel der Union sollt; doch jedem Kameraden zeigen, daß die Phrasen...

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 2. Woche...

Rechtshaus.

Kortrup. Für Kortrup und Olfersfeld findet der Rechtshaus...

Bücherrevue.

Wachen. 15. bis 30. Januar. Freuen. 15. bis 31. Januar.

Bibliothek.

Stemke. Die Verbandsbibliothek ist verlegt in die Volksbibliothek...

Kontingentsauszahlung.

Nieder-Sprockhövel. Jeden letzten Sonntag im Monat im Gewerkschaftshaus...

Abstelländerungen.

Eschweil. Der Kassierer Ray Kühner wohnt Adelshütte 103, Kolonie...

Taschenkalender für Bergarbeiter.

Sonnen nicht mehr angenommen werden, auch die zweite Auflage...